



das die intelligenten, tüchtigen Arbeiter die Pflicht, sich zu organisieren, erkennen und daß sie bei Eintritt einer Krise dem Unternehmer infolge ihrer Intelligenz und Tüchtigkeit schwerer entbehrt werden als die anderen. Der blöde Kampf gegen die Organisation der Arbeiter ist mithin ein Kampf gegen die Intelligenz.

Niederdrückend sind die Bilder von Not und Verzweiflung gewesen, die sich den Jählern in einzelnen Wohnungen boten. Schon jetzt harrten oft nur die nackten Wände auf das Gend der Bewohner. Was irgend nur veräußert oder verpfändbar war, ist verkauft oder verlehrt worden. Die Bettelverhältnisse sind oft entsetzlich gewesen. Das Mittagsmahl besteht fast überall, so seit Monaten in vielen Familien nur noch aus einer kaffeehaltigen Suppe, aus Kartoffeln mit Fett; Fleisch ist ein Luxus geworden, und wenn der Vater aufhört zu sorgen, wird auch das Brot zum Luxusgegenstand.

Verständlicher kann die Anklage gegen unsere Staatsordnung nicht sein, als die, daß Tausende von ehrlichen Männern trotz aller Mühe keine Beschäftigung finden können. Und glaubt der kapitalistische Klassenstaat, die ohne jede eigene Schuld ins Gend Gefährten werden sich das auf die Dauer gefallen lassen? Welchen Zweck hat denn der Staat noch für die in Not und Verzweiflung Geworfenen? Mit Weib und Kindern müssen sie hungern und hungern, Woche um Woche, während Millionen und Milliarden in den Kellern der Banken aufgeschichtet liegen.

So lange der Staat nicht eingreift, müssen die Kommunen für die Arbeitslosen sorgen. Dieser Pflicht kann sich auch der holländische Magistrat nicht entziehen; denn ist die Arbeitslosigkeit jetzt schon so schlimm, so wird sie im Winter noch viel furchtbare Dimensionen annehmen.

Die Arbeitslosenverhältnisse sollen der herrschenden Gesellschaft das Gewissen aufrütteln, und es muß dafür gesorgt werden, daß dieses Ziel erreicht wird.

## Tagesgeschichte.

Halle, 3. November.

### Ein Aufschrei.

Die offizielle Süddeutsche Reichstagskorrespondenz hatte aus Berlin berichtet: „Es kommt wegen der insolventen Vorlagen keine Reichstags-, keine Regierungskrisis, unter Umständen aber eine Parteikrisis. Der nächste Reichstag wird die selben Staatsmänner an denselben Plätzen finden, aber nicht mehr die dieselbe schlagwortreiche Wehrheit und nicht mehr denselben auf agrarische Wünsche zugeschnittenen Tarifentwurf.“

Die Wotz bezeichnet diese Nachricht als **Kuduskei**. Sie fühlt sich offenbar nicht behaglich bei dem Gedanken, daß die Regierung bei den Wahlen ihre Hand von den Leberältern ziehen könnte. Sie schmollt darum, denartige Neigungen seien nur geeignet, Mißtrauen gegen die Regierung zu erregen und die Verhandlung zu erschweren. — Verhandlung hin, Verhandlung her. Es wird alles daran gesetzt werden, daß die dritte Sitzung des Reichstags nicht zu Ende kommt; dann nutzt den Zollverleumdern aller Klugheit nichts, und das deutsche Volk wird durch die Wahlen zu entscheiden haben. Dabei kann es allerdings leicht zu einer Parteikrisis beim Zentrum und den Konservern kommen. Das Kuduskei haben sie sich selbst ins Netz gelegt durch ihre ungesägten Ausergüsse.

### Termin der Reichstagswahlen.

Bekanntlich haben einige agrarische Blätter behauptet, die Mandate der jetzigen Reichstagsabgeordneten seien erst fünf Jahre nach dem erstmaligen Zusammentreten des Reichstags, das Ausganges November 1898 erfolgte, zu Ende. Die Agrarier wollen demnach den Reichstag bis Ende November 1903 tagen lassen und hoffen, bis dahin den Zolltarif durchdrücken zu können. Ihnen antwortet der Staatsratssekretär Verhand in der neuesten Nummer der D. Juristen-Zeitung wie folgt:

„Der Reichstag muß bereits vorhanden sein, bevor er zur Ausübung seiner Funktionen berufen werden kann. Die Mitgliedschaft wird erworben durch die Wahl, nicht durch die Einberufung; mit dem Zeitpunkt des Erwerbs der Mitgliedschaft beginnt die verfassungsmäßige Maximaldauer derselben, und die später durch Stichwahlen und Nachwahlen hinzugekommenen Abgeordneten verbleiben gleich mit den bei den allgemeinen Wahlen gewählten die Mitgliedschaft, weil die Neuwahlen allgemeine sein sollen. Hieraus ergibt sich, daß die Legislaturperiode mit dem Tage der allgemeinen Wahlen beginnt. Die Voraussetzungen, unter welchen die Tätigkeit des Reichstags stattfindet, treten zu dem Erwerb der Mitgliedschaft hinzu.“

Mithin entspricht die in dem Bundesgesetz vom 21. Juni 1870 anerkannte Auslegung des Art. 24 der B.-V., daß die Legislaturperiode des Reichstages mit dem Tage der allgemeinen Wahlen beginnt, auch dem richtigen Begriff der Legislaturperiode als der Maximaldauer der Reichstagsmitgliedschaft.

Auch nach den Anträgen Laband's muß somit die Neuwahl spätestens Mitte Juni 1903 stattfinden.

### Die Zentrumsumfänger.

Am Mittwoch hat das Zentrum mit Hilfe Eugen Nitzers eine Vergewaltigung der Geschäftsordnung vorgenommen, die nach Lage der Sache zu den bedenklichsten Konsequenzen führen kann. Bekanntlich beantragte der Zentrumsalgeordnete Herold, es solle über die Vorgelegenen Anträge, die Mitgliedschaft auf verschiedene Gattungsprodukte betreffend, zur Tagesordnung übergegangen werden. Dieser Antrag wurde gegen die Sozialdemokraten und die Mehrzahl der Konservern angenommen. Nun waren aber die Anträge noch gar nicht zur Debatte gestellt gewesen, während § 48 der Geschäftsordnung bestimmt.

„Anträge über die Vorgelegenen erhalten, wenn sie es verlangen, das Wort sowohl am Beginn wie nach dem Schluß der Diskussion.“

Nur mit Einwilligung der Antragsteller dürfte demnach über einen Antrag zur Tagesordnung übergegangen werden, da er zur Debatte gestanden hat. Da dies im vorliegenden Falle nicht zutrifft, sondern die Tagesordnung gegen den Willen der Antragsteller beschlossen wurde, bedeutet das Vorgehen des Zentrums einen Bruch der Geschäftsordnung.

Mit dieser Methode wäre das Zentrum in der Lage, jeden Antrag, ohne daß er zur Diskussion gelangt ist, abzumuscheln. Schon morgen wird darum voranschreitend im Reichstags die Angelegenheit geklärt und der Zentrumsmehrheit ein Damm entgegengestellt werden.

### Ein Paradies für Arbeitgeber

ist der zentralamerikanische Staat Nicaragua. Dort wird es, wie der Herr Jtz. geschrieben wird, in Zukunft eine Strafs- wehr geben. Es ist ein neues Gesetz erlassen worden, welches zunächst bestimmt, daß jede Person, die nicht ein Vermögen von 500 Weiss (400 Mark) aufweist, als ein Arbeiter angesehen ist. Ferner wird bestimmt, daß jeder Arbeiter

einem Arbeitgeber Arbeit muß. Wird ein solcher Arbeiter gefunden, der keine Arbeit hat, so wird sofort von der Polizei verhaftet, amnäh Tage ins Gefängnis gesperrt und kann an Regierungsarbeiten beschäftigt, bis sich ein Privatmann seiner erbarmt und ihm Arbeit gibt. Die übrigen Bestimmungen des Gesetzes handeln von Geldgeheimnissen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Arbeitgeber darf dem Arbeitnehmer nie Linsen aufrechnen — eine Bestimmung, die in Anbetracht des mittelamerikanischen Pensions-Systems gelegentlich genannt werden muß. Strafen sind nach dem neuen Gesetz unmöglich, da ja jeder Arbeiter in Arbeit stehen muß, wenn er nicht eingesperrt werden will.

In solchen Umständen gearbeitet werden muß, so lange diese groteske soziale Mißbräute in Geltung ist, scheint die erleuchteten Sozialreformer in Nicaragua nicht zu interessieren.

Manchen Reuten in Deutschland mögen solche Zustände aber als geradezu ideal erscheinen.

**Garantiert königstreue Leute.** Als Staffage bei Veranstaltungen, zu denen der Kaiser kommt, kann man nur garantiert königstreue Leute gebrauchen, wie dieses Schreiben zeigt:

Charlottenburg, 24. Okt. 1902.

Neubau der akademischen Hochschule für die bildenden Künste und für Musik.

An die Firma . . . . .

Es bietet sich Gelegenheit, die bei den Neubauten der akademischen Hochschule für die bildenden Künste, Musik und Architekturmil beschäftigt gewesenen Herren Handwerkermeister und Handwerker bei der am 2. Nov. d. J. (Sonntag) durch Se. Majestät den Kaiser vorgeschriebenen feierlichen Einweihung an einer Stelle derart aufzufinden, daß Se. Majestät von der Beteiligung derjenigen, die den Bau hergestellt haben, Kenntnis erlangt. Voraussetzungen für die Aufstellung in den Seitenräumen der großen Ehrenhalle an der Hardenbergstraße, Ecke Palastenträge vorgenommen werden und zwar von 1 Uhr ab, wobei vorbehalten bleibt, daß sich die Teilnehmer in einem anderen Raume versammeln.

Ich erlaube nunmehr um umgehende Mitteilung bis spätestens Dienstag, ob Sie selbst teilnehmen wollen, und namentlich Bezeichnung derjenigen Leute, deren Beteiligung von Ihnen gewünscht wird. Selbstverständlich übernehmen Sie durch den gemintlichen Vorschlag die Garantie dafür, daß nur königstreue Leute zugelassen werden. Außerdem wird ein angemessener (dunkler) Anzug vorausgesetzt werden müssen.

Die patriotischen Arbeitgeber, die Arbeiter ausführen, bei denen unter Umständen ein fürstlicher Besuch erwartet werden kann, müssen in Zukunft von ihren Arbeitern nicht allein tüchtig hergerichtet, sondern auch die nötige Dosis Königstreue und einen dunklen Anzug verlangen.

**Robbielstis Kaufkanal.** Herr von Robbielstis hat Recht, nicht nur mit seinen Ideen, sondern auch mit seinen Verfügungen. Auch die Darstellung des Kommerzienrates Körting, wie Herr von Robbielstis auf der Weigerung von „maurisch“ Kaufkanal gekommen ist, ist recht wenig glücklich. „Denn das ist Tatsache“, so wird der Königsberger Hartungischen Zeitung von beifolgender Seite geschrieben, „daß das Wort von Kaufkanal außer in einem maurischen Dichtchen noch an anderer Stelle dem Munde des sozialen Landwirtschaftsministers entfließt ist, und zwar mit nicht misszuverstehender Beziehung auf den Mittelstand.“

Der arme Minister wird eben auch an anderen Orten geungert und geforen haben, daher die ganze „launige“ Geschichte.

**Wozu die christlichen Gewerkschaften da sind!** Ein neuer Beweis dafür, daß es den Zentrumskleuten bei ihren Gewerkschaftsbegründungen nicht darum zu tun ist, die auf die Verbesserung ihrer Lebenslage hinweisenden Bestrebungen der Arbeiterkraft zu unterstützen, sondern im Gegenteil nur um sie zu zerstückeln, ist folgendes: In der bairischen Dierpals hat sich eine starke Glasindustrie angebahnt, da die zahlreichen Gewerkschaften der Unternehmer billige Betriebskraft und die an Entbehrungen gewöhnte, vom Pfaffenstum geleitete Bevölkerung wohlfeile und der Ausbeutung leicht willig fündige Arbeitskräfte liefern. Der Individualismus dieser Arbeiter ist ungeheuer und ihre Lage unbeherrschbar elend. Sie geben sich auch, wenn die Gelegenheit sich bietet, willig zu Streikfreude hin. Bei allen Streiks, die bisher die Glasarbeiter in Fürtch, dem Mittelpunkte der bairischen Glasindustrie, ausgeschrieben hatten, waren die Unternehmer im Stande, die Arbeitsmilitanz meistens aus der Dierpals zu beziehen. Um für die Folge diesem Uebelstand abzuhelfen, leitete der Glasarbeiter-Verband in der letzten Zeit in der Dierpals von Fürtch aus eine intensive Agitation ein, und es gelang ihm auch, unter schweren Mühen und Opfern und trotz der von Kanzel und Reichstuch aus betriebenen Gegenagitation, in verschiedenen Orten Jährlinge zu erwidern. Das brachte die Zentrumskleule auf die Beine, die nun eifrig bemüht sind, christliche Glasarbeiter-Organisationen zu errichten, aber nicht etwa da, wo der Verband die Arbeiter noch nicht zu gewinnen vermochte, sondern nur in denjenigen Orten, in denen es dem Verband endlich gelang, Boden zu fassen. Daraus geht wieder zur Genüge hervor, daß das Zentrum sich um die Arbeitsverhältnisse erst dann kümmert, wenn eine Macht über die Arbeiter bedroht wird.

**Der „Mitarbeiter“ der Polizei zu Weimar** war in einer amtlichen Mitteilung so dargestellt worden, als ob Brüderlein Dr. August durch ihr Benehmen eine Verhütung geradezu provoziert habe. Auch ihr Verhalten auf der Wache erschien nach dieser amtlichen Darstellung in recht sonderbarem Lichte. Herr August erklärt jetzt in einer Berliner Korrespondenz: „Den verschiedenen unzutreffenden Darstellungen des Vorganges in Weimar, die sich angeblich auf amtliche Mitteilungen von Seiten der dortigen Behörden und Beamten stützen, möchte ich durch direkte Refutation an die Polizeiverwaltung in Weimar entgegenzutreten. Ich werde wieder mein Schreiben nach die Antwort der Behörde der Öffentlichkeit dorenthalten, so daß das Publikum ein klares Bild über den wahren Sachverhalt gewinnen kann. Denjenigen Teil der Presse, welcher bisher absichtlich oder leidetrig in beleidigender Weise über mich geschrieben hat, werde ich mit den zuständigen Behörden zur Verantwortung ziehen.“

**Wandatsmüde** ist der Reichs. Dr. Endemann, der Vertreter für Kassel-Wahlungen. Er will gegen alle Wider nicht wieder kandidieren. Endemann ist 69 Jahre alt, wurde gewählt 1891—93 und 1898. Bei der letzten Wahl siegte er erst in der Stichwahl mit 13245 gegen 12418 sozialdemokratische Stimmen. Bei der Vorwahl hatte er nur 6288 gegen 10857 103. Stimmen. Mit Hilfe der Reichstagswahlvereinigung

legte er die Stimmen werden ihm das nächste Mal entgegen, so daß seine Niederlage sehr mäßigend ist.

**Arbeit für den Scharrichter** wünscht der bairische Zentrumsalgeordnete Maxner Pöbel, der in dem Blatte Der bairische Bauer schreibt:

„Solche Richter, welche lehren, daß es keinen Gott gibt, daß der Mensch vom Affen abstamme, so lichte man um einen Kopf länger machen, mögen es nun Universitätsprofessoren oder andere Schulmeister sein. Aber antwortet solche Menschen ungeschädlich zu machen, giebt man ihnen noch hohe Gehälter. Die Richter bezahle so ihre Würder und güchten selbst ihre Köpfe.“

Es ist doch etwas Schönes um die Duldbarkeit der christlichen Priester.

**Freiherr v. Jellisch-Wehrich**, der Gesundheits-Präsident und Leiter der Volk, wird nach einer Meldung der Presse, die in der Verwaltung der Allgemeinen deutschen Invaliden- und Lebensversicherungs-Vereins-Gesellschaft in Berlin eintrifft.

**Der Überlaube in Berliner Rathaus.** Das Berliner Magistratsorgan berichtet: Eine häßliche Armen-Stimmung hat die Demission angeht, was die Kommission des Mitglieder umfaßt, die alle an dieser omnibus. Zahl Anträge nehmen, wechals wahrscheinlich die Mitgliederzahl geändert werden muß.

Die Kommission hätte sich ergänzen sollen, was um so leichter gewesen wäre, als jetzt ja auch Frauen zur Armenpflege herangezogen werden. Argend eine Kartenlegerin sollten die Herren aus ihrer Bekanntschaft doch schon aufzutreiben wissen.

**Verlobungsgerichte** beschwören jetzt die bürgerliche Presse. Der deutsche Kronrat soll darnach mit der dänischen Prinzessin Thora verlobt werden, die zwei Jahre älter ist als er. Die Verlobung soll zur Verlobung mit Dänemark beitragen.

Wenn man die Geschichte vor sich, kann natürlich nicht festgestellt werden, wann der Arbeitervater die Verlobung gleichgültig sein. Die Zeiten sind vorüber, wo die Geschichte der Völker durch förmliche Verlobungen beeinflusst wurden.

## Ansland.

**Frankreich.** Die Schließung eines Teiles der Festungswerke von Paris ist geplant. In Frage kommen Teile der Nord- und Ostseite. Das dadurch freiwerdende Terrain ist mit 150 Millionen Francs bewertet; die durch die Schließung und durch die geplante Konstruktion einer Umfassungsmauer benötigten Summen belaufen sich auf 50 Millionen, so daß der Fiskus einen Netto-Uberschuß von 100 Millionen herauszuschaffen wird.

**Türkei.** Der Aufstand in Mazedonien. Das offizielle Dementi der Porte gegenüber der Meldung, daß die Grenztruppen in Mazedonien forderten, und die Behauptung, daß die türkischen Truppen nur für eventuelle Hilfe einberufen seien, erhalten eine eigene Bekräftigung durch die Tatsache, daß jeder Zug von Soloniki Fernverbunde bringt. Die Meldungen des mazedonischen Revolutionskomites gewinnen dadurch an Bedeutung.

**Afrika.** Unruhen in Marokko. Ein starkes Detachement marokkanischer Soldaten ist unter der Führung des Bruders des Sultans nach Teja abgegangen, wo ein Aufbruch stattgefunden hat. Ein Kronpräsident strebt nach der Herrschaft, indem er geltend macht, er sei der älteste Bruder des Sultans. Es handelt sich hauptsächlich um einen früheren Soldaten, welcher von den Gebirgsbewohnern verehrt wird.

## Parteiangriffe.

**Der Sozialisten** hat in der Sonntagnummer des Vereinigen rein privater Angelegenheiten in die Wolmen eine „unerbittliche“ Indiskretion verübt, während eine unerbittliche Indiskretion gemacht war.

**Wochenend-Parteiangriffe** wird die neueste in der Leipz. Volkszeit. bemerkbar gewordene Streikfrist zu arg. Es schreibt die Reuz-Tribüne: „Eine geradezu widerliche Lust zur Anrempel und Jänkerei macht sich jetzt einiger Zeit in der Leipziger Volkszeitung bemerkbar. Bald ist ein Brand mit dem Vorwurfe, daß man wieder ein solcher mit einem anderen Parteiblatt. Jetzt hat die Leipziger Volkszeitung gleichzeitig eine Vespolemik mit dem Verein Arbeiterpresse, dem Genossen Eisner und dem Hallischen Volksblatt vom Janne gebrochen, deren Ende noch gar nicht abzusehen ist. Aus allen diesen Streifen der Parteiangriffe wird endlich mal werden. Das Ansehen, welches die Leipz. Volkszeit. in der Parteipresse beizubehalten sollte, durch solche perfide Streikerei doch nicht unwirksam herabgemindert werden.“

Die Leipziger Volkszeitung drückt diese Votiv ab und bemerkt dazu: „Wichtig ist nach keine Ansicht vorhanden, daß dem Treiben ein Ende gemacht wird, deshalb muß die Parteipresse das unangenehme Amt der Kritik an der Leipziger Arbeiterbewegung weiter verwalten.“

Die Sachl. Arbeiterzeitung antwortet dem Genossen Wehring: Seine Entgegnung verhält insofern ihr Ziel, als sie sich, unter großmütiger Bernachlässigung jeder Sachlichkeit, ausschließlich gegen den Genossen Eubelium richtet, der seine beiden Notizen geschrieben hatte. Aber das macht nichts; wir in der Redaktion der Sachl. Arbeiterzeitung stimmen in unserer Meinung über den Genossen Wehring in der erstgenannten Weise überein! Es ist also gleichgültig, wer von uns dies Urteil formuliert; ebenso hat jeder neue Schimpf, den der Genosse Wehring über den einen oder anderen Parteigenossen entleert, für uns alle nur die Bedeutung einer neuen dokumentarischen Bestätigung unseres gemeinsamen Urteils mit seinen Worten. Wenn der Genosse Wehring zu den wenigen Reuten in unserer Partei zu gehören, die den Glauben an die Kraft seiner Worte noch nicht verloren haben. In der Zeitgeschichte dieses Glaubens hat er gar nicht bemerkt, daß es so ziemlich allen denen, die er in seinem langen literarischen Leben mit seinen Angriffen beehrt hat — und ihnen wohl zu Recht — trotz aller Besonnenheit, nein, ganze Parteien haben, ohne Schaden an ihrer Unschuld zu nehmen, Verboten überhand, in denen der Genosse Wehring kein Mittel verschmähte, um sie — na, sagen wir: zu bestrafen.“

Genosse Wehring weiß zum Schluß seiner Notiz mit jener Diskretion, die wir an ihm schon öfter bewunderten, darauf hin, daß der Genosse Eubelium ihm früher gelegentlich mündlich und schriftlich seine Hochachtung ausgedrückt habe. Das stimmt! Aber Genosse Eubelium wird so etwas ganz gewiß nicht wieder tun.

**Einem sozialdemokratischen Alterspräsidenten** seines Landtags hat Schwarzburg-Rudolstadt bekommen. Genosse Friedrich Pröbster ist dieser Alterspräsident.

**Der Genosse Albert Schmidt** veröffentlicht folgende Dankagung:

„Während meiner dreijährigen Gefängnisstrafe, die ich vom

30. Oktober 1899 bis 30. Oktober 1902 teils in Strafgefängnis in Gommern teils in Strafgefängnis in Danz a. S. verurteilt, sind wie am Jahreswechsel am 1. Januar 1903 aus dem Strafbüchlein der verschiedenen Anstalten aus dem Strafgefängnis Danz a. S. entlassen, dem 14. und 15. jährl. Wählrechte, aus Belgien, Barmen, Berlin und Magdeburg aus dem Kreis der Parteifreunde so viele Wähler zu wählen, als ihnen zugefallen, das mit es unmöglich ist, jedem einzelnen zu danken.

Allen Freunden und Bekannten, die sich meiner während der schweren Straftat so liebevoll erinnert und meine Familie heilsam und fördernd zur Seite standen, sei hiermit innigster Dank ausgesprochen.

Magdeburg, den 30. Oktober 1902.  
Höflichst ergebener,  
Albert G. Smith, Journalist.

## Aus der Genossenschaftsbewegung.

In der gestrigen Konferenz des Unterverbandes der Konsumvereine der Provinz Sachsen, die in Magdeburg abgehalten wurde, wurde über den Austritt des Unterverbandes aus dem Allgemeinen Verband verhandelt. Da viele Einzelne und Gesamtunterverbände betretener waren, wurde der Austritt mit 96 gegen 55 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen abgelehnt. Die für den Austritt eintretenden 55 Konsumvereine traten sofort zu einer Versammlung zusammen und beschloßen den Austritt aus dem Unterverband. Die Verhandlungen verliefen freimütig. Näherer Bericht folgt.

## Lokales und Provinziales.

Dalle a. S., 8. November.

### Die Arbeitslosenzählung.

ging auch gestern glatt von statten. Leider waren 38 der 700 Zähler unentschuldig weggeblieben, so daß die Kreisvereinsmitglieder in einzelnen Bezirken nicht ausreichten. Vollständig waren in Giebichenstein, Leota und Kröllwitz die Zähler angetreten. Dagegen mangelt es in mehreren sächsischen und böhmisches Zählbezirken der Stadt an Mannschaften. Die Beschlüsse zwar unklar durch die anderen Zähler mit bedingt werden; aber tabellarisch bleibt es, wenn organisierte Arbeiter ohne Meldung wegbleiben, wenn sie eine Pflicht übernommen haben.

Im Laufe des Nachmittags wurden die Ergebnisse zusammengefaßt. Wir geben sie im Leitartikel dieser Nummer bekannt. Der sächsische Inneminister Hundert von moderner Parteigenossen ist es zu danken, daß die Zählung der Arbeitslosen ohne wesentliche Fehler und Vorkünste zum Abschluß gelangen konnte. Und wenn sich die Notwendigkeit herausstellen sollte, daß im Februar oder Anfang März die Zählung wiederholt werden müßte, so wird dann dem Appell an die Mitarbeit der Organisationen genoss wieder so freudig entsprochen werden wie diesmal.

### Vom Brückengeld a. Jopp.

Der Brückengeld der Kröllwitzer Brücke verlangte kürzlich von einem Einwohner aus Giebichenstein 1.50 M. Brückengeld für 3 Fuhren Kartoffeln. Diese Zahlung wurde verweigert, was dem Einnehmer, daß der Kröllwitzer Zollmann pro Jahr 10 M. für Pferd und Wagen zahle, und dabei sei es gleichgültig, ob der Fuhrmann nur Fuhren in eigenen Interesse oder auch solche für fremde Personen ansähre. Würde die Ansicht des Brückengeldes die richtige sein, dann erhalte er doch das Brückengeld doppelt, einmal in Gestalt des jährlichen Fuhrums von 10 M. und das andere Mal für jede fremde Fuhre 50 Pfg. Da der Brückengeld für seinen 1.50 M. bestand, wachte sich das Arbeitersekretariat unter obiger Begründung für die heftigsten Einmischungen an dem Magistrat und erhielt darauf folgende für Interessenten wichtige Antwort:

Auf Ihre Anfrage vom 18. d. Mts. teilen wir Ihnen mit, daß Sie nach unserer Ansicht zur Zahlung des vom Brückengeldbesitzer verlangten Betrages von 1.50 M. nicht verpflichtet sind. Nach den in Frage kommenden Bestimmungen darf derselbe von den Einwohnern des früheren Gemeindebezirks Kröllwitz nur in der Art Brückengeld erhoben, daß jährlich nicht mehr als 3 M. auf die Anzahlung einschließlich des Geheldes und nicht mehr als 10 M. auf jedes Pferd entfallen. Für Fuhren, die von Kröllwitzer Einwohnern mit ihren Wagen und Pferden aufgeführt werden, darf der Brückengeldbesitzer ein besonderes Brückengeld außer den obigen 3 bzw. 10 M. nicht erheben, und macht es hierbei keinen Unterschied, ob die Fuhren in eigenen Interesse der Kröllwitzer Einwohner oder im Interesse anderer Personen aufgeführt werden. Da wir schmerzlich mit der Brückengeldbesitzer in ziemlich vielen Fällen die Doppelbesteuerung vorzunehmen gewillt war, scheint uns die Befreiung der Magistrats-Gebühren von allgemeinem Interesse zu sein. Das ändert natürlich nichts an unserer wiederholt schon zum Ausdruck gebrachten Forderung, daß das Brückengeld ein niedriger Jopp ist, der möglichst schnell und zwar vollständig abgegriffen werden muß.

### Ein durchgebrannter Jubiläumstascher.

Am Sonnabend, den 1. d. s., beging der Vermeister Stelle bei der Firma Weje u. Wonski seit 25jähriger Arbeitsjubiläum. Die Arbeiter hatten in dem Gehalt zugeführt und dafür ein 50 M. Mt. gekostet. Der Fester laß sich aber Gekostet und Verwalter der Gehaltsliste fehlte. Der frühere Nachwachter und jetzige Vorstandsmitglied Wilsing, den man mit der Beschaffung des Geldes beauftragt hatte, war am Jubiläumstage verschwunden. Man kannte sich sein Verschwinden insofern nicht erklären, als der Betrag wirklich zu minimal ist, um mit ihm größere Wäse ausführen zu können, zudem ist Wilsing verheiratet und Vater mehrerer Kinder. Er der Arbeiter zum Bewußtsein haben mußte, daß die Brückengeldbesitzer die Gehaltslisten mit leeren Händen da und machte betriebl. Geheiter, wie Vorleger, denen die Felle fortgeschwunden sind. Hätte man das Geld zu Organisationszwecken verwendet, dann würde den Interessen der Arbeiter besser gebient gewesen, denn gerade die Firma Weje u. Wonski hat in Lohndrücksetzungen Ehrliches geleistet.

An alle Maurer von Halle und Umgegend ergeht der Ruf, in der morgen abend in der Wörzburg stattfindenden Maurervereinigung zu erscheinen. Der Leiter des Berliner Bauvereins hat über das Lehrliche Thema: Die Einwirkung der Organisation auf die Lebenshaltung der Arbeiter. Die Gleichgültigkeit vieler Berufsständler in Bezug auf den Verhältnissenbezug soll durch derartige Vereinigungen behoben werden, und erwartet die hiesige Zeitung der Räte, daß die Mitglieder ihrerseits dazu beitragen, um volle Veranlassungen zu bekommen.

Die gestrige Volksvorstellung im Stadttheater erbrachte bei allgemeinem Beifall; das Paas war anverkauft. Durch die Volksbuchhandlung wurden 6 Eintrittskarten zu 60, 40, 5 und 25 Pf. verkauft. Der Umsatz wäre ein größerer gewesen, wenn die Willeits der Volksbuchhandlung schon früher zur Verfügung gestellt worden wären. Leider machte sich auch gestern das Zufallsproblem vieler Besucher fühlbar bemerkbar.

Jubiläum der Halleischen Universität. Am Sonnabend wurde das 40-jährige Bestehen der Universität Halle-Wittenberg festlich begangen. Der Kultusminister Stab, der Fester beehrte, verteilte an eine Anzahl Professoren die vom Kaiser verliehenen Orden.

Der Former Wüstemann geeigneten Angebots, der bekanntlich kürzlich nach dem Landgerichtsausschuss Nordhausen gebracht worden ist, soll dort jetzt den „wilden Mann“ spielen.

Wittmann wird zur Beobachtung seines Geisteszustandes nach Halle überführt werden.

Aus dem Bureau des Stadttheaters. Die nächste Aufführung des Schaudrills Das große Licht findet Mittwoch statt. Das Abonnement der Feste blau ist an diesem Abend ausgeteilt. Doch sollen Hauptausstellungen stattfinden. Am nächsten Freitag hat die Direktion die Vorstellung des Schaudrills einmal angelegt und findet die letzte Aufführung Dienstag statt. Am Donnerstag wird Wagners Rheingold wiederholt. Für Freitag ist die Premiere des Schaudrills im bunten Hof ausgeteilt. Schaudrill und Feste, die nicht angelegt.

Am Walfischtheater weißt der erste Nummer-Abend eine Reihe ausgezeichneter Nummern auf. An erster Stelle ist zu nennen der Humorist Herr Maxstadt. Er mit seinen witzigen Reden und seiner prächtigen Vortragsgewinnlichkeit hat schon bei seinen ersten Auftritten großen Erfolg had. Auch der zweite Nummer-Abend hat eine Reihe recht hübsche und ansprechende Sachen. Eine schöne Entdeckung ist die deutsch-ungarische Souvrette Fräulein U. Horan, die recht frisch und flott singt und ausgezeichnete Gesangs talent. Große Entdeckungen sind auch die drei Wagners, die in dem temperamentalen jantische Färbung vorführt. Die Wagners bringen die Weiblicher Dänen als Hummelfisch am getragenen Trones, sowie die Damen L. e. m. mit ihrem fliegenden Luftball. Die Lehmann werden mit großer Eleganz und Gewandtheit aufgeführt. Große Entdeckung ist die Souvrette Fräulein Dumont, die in einem atemberaubenden Potpourri Broben ihrer Geschicklichkeit geben. Fräulein Dumont zaubert zuletzt in einem phantastischen Tanz-Acte eine Fülle farbprächtigender Bilder vor die Augen, die sie um so interessanter macht, als die Dame auch frei in der Luft in der Luft ihre Bewegungen in der Luft zeigt. Von dem Besucher auch bei diesem Spielplan eine Anzahl neuer lebender Photographien vorgeführt.

Am Walfischtheater dürfte sich der neue Spielplan am vorigen Sonnabend allseitig und beifällig empfunden werden. Die D. e. s. ist eine feine Souvrette, die ihre ersten Werke mit viel Geist zum Vortrag bringt. Vorzüglich tummelnde und atemberaubende Leistungen bieten das Matrosen-Acte Potpourri, die drei Solos und die Kantinette. Ferner hat Fräulein Dumont in besonders hübscher Weise die Original-Gary Hämmer-Compagnie geleitet durch ihren Souvrette-Act. Eine Stunde im Chantre-jeare, während Family Francois mit ihrem charakteristisch-ästhetischen Melange den lebhaftesten Beifall erntete. Freilich reihen sich in das nun geschilderte Programm, denn das Solospiel der Wagners einen gelungenen Abschlus, die amerikanischen Instrumentalitäten und die Humorist Loto Loto etc. ein.

Gestrichelt. Auch ein Hüter der Ordnung. Der im hiesigen Polizeiverwaltungsamt stehende Obermeister Fried. Hermann aus Köthen ist entlassen worden, da er hier heraufgeführt, daß seine Militärkarriere geklärt waren. Er war in demselben feldherrliche als Wagnersmeister angehen. Auch sein Name ist in dem hiesigen Polizeiverwaltungsamt eingetragenen haben soll, für 50 M. bekommen haben will, ist geklärt. Der Schuldner wäre jedenfalls noch lange unentdeckt geblieben, wenn Hermann sich nicht um eine andere Stellung beworben, und die Behörde, die diese zu vergeben hatte, sich nicht genau nach den Verhältnissen der hiesigen Polizei erkundigt, der erst seit kurzer Zeit hier angestellt ist, gefand die Fällung ein.

U. Bad Schmiedeberg. Auch in unserm Städtchen scheint die Vertheilung Platz zu greifen. Derjenige, der sich auf der Zentrale der 28. Bezirk befindet, der sich während das Werk anderer Jahre um diese Zeit viele Arbeiter annahm. Nach Entlassung der 28. Mann wird der Betrieb voll stillliegen.

X. Strecken. Eine erkappte Diebin. Die Frau eines hiesigen Kaufmanns, die sich in der hiesigen Polizeiverwaltung befindet, wurde von einem hiesigen Mann, der sich in der hiesigen Polizeiverwaltung befindet, erkappt. Die Frau wurde von dem Mann, der sich in der hiesigen Polizeiverwaltung befindet, erkappt. Die Frau wurde von dem Mann, der sich in der hiesigen Polizeiverwaltung befindet, erkappt.

X. Strecken. Denunziert wurde von einer Arbeiterin der hiesige Sozialdemokratische Verein. Derselbe soll ein Verlangen abgelehnt haben, an dem die hiesige Gemeinderat teilte. Auf neuen Veranlassung die Denunziation erfolgte, darüber erzählt man sich sonderbare Geschichten, auf die wir nächstens noch einmal zurückkommen werden.

### Kleine Provinzial-Nachrichten.

Auf den Haberhufen des Herrn Meier im Selbsthabe erlangten sich drei schwere Unfälle innerhalb weniger Stunden. Ein Arbeiter erkrankte an einer Bronchitis, ein anderer wurde er sich einen Finger ab. Sein Kamerad, der dies sah, ließ dabei in Ohnmacht und stürzte dabei so unglücklich auf eine Eisenbahnlinie, daß der Kopf zerbrach. Beide Verunglückten mußten sofort nach dem Halleischen Krankenhaus gebracht werden. Der dritte Unfall ereignete sich am Sonntag. Ein Arbeiter wurde bei der Ausübung seines Dienstes auf dem Altenb. Bahnhof bei Station von einem Wagen erfaßt und sofort verletzt. Der Verunglückte wurde in das hiesige Krankenhaus gebracht. Der Schaden an dem Wagen betrug 100 M. Auf dem Schacht 10 am Rathmannsdorfer Wege bei Staßfurt geriet der Bergmann Strade mit der rechten Hand zwischen Seil und elektr. Schiene, wodurch ihm die Hand bis an einen Stumpf abgehauen wurde. Der Mann wurde in das hiesige Krankenhaus gebracht. Der Schaden an dem Wagen betrug 100 M. Auf dem Schacht 10 am Rathmannsdorfer Wege bei Staßfurt geriet der Bergmann Strade mit der rechten Hand zwischen Seil und elektr. Schiene, wodurch ihm die Hand bis an einen Stumpf abgehauen wurde. Der Mann wurde in das hiesige Krankenhaus gebracht. Der Schaden an dem Wagen betrug 100 M.

### Aus dem Reich.

Eisenach. Eine Hanssüchtling, die auf Anordnung der Staatsanwaltschaft in den Büroräumen des Rathhauses und der Wohnung des Oberbürgermeisters v. Heymann nach mehreren ergebnislosen Ansuchen vorgehen ließ, hat dazu geführt, daß v. Heymann sein Amt als Chef der Polizei niedergelegt mußte. Dabei wird es aber wohl nicht bleiben; denn gegen Heymann ist ein Verbot nach § 340 Str.-Ges. erlassen worden, wonach Heymann zu bestrafen ist, die durch Wägen der Hanssüchtling jemanden der geistlichen Stöße zu entziehen suchen. Heymann ist bereits einem langen Verbot unterzogen worden.

Braunschweig. Zum Tode verurteilt wurde ein Arbeiter, der den Diensthelfer Solte, der seine Braut ertrug hatte.

Thorn. Wegen Raubmord und zahlreicher Diebstähle sind vom Oberlandesgericht Münsterlee, die vor mehreren Monaten vom 6. Januar d. J. abgemittelt unter Wägen von Bewachern mit fiktiven Beträgen detestiert, dem 6 Wochen lang in Polen, Brandenburg, Mecklenburg und Westfalen von der Beute aus zahlreichen Diebstählen, zum 2 Jahren und 1 Monat bzw. 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und Verbannung aus dem Heere verurteilt worden.

## Gewerkschaftliches.

Von der Berliner Groben. Eine Vertrauensmännerkonferenz der Straßenbahnangehörigen tagte am Freitag im Direktionsgebäude der Groben Berliner Straßenbahn. Aus der langwierigen Verhandlung ist vorläufig nichts Bestimmtes zu gewinnen. Die Verhandlungen der Groben Berliner erreicht wurden, so daß bereits bei einer weiteren unangefangenen Zusammenkunft von Straßenbahnangehörigen die Generalratung eines allgemeinen Ausstandes in Erwägung gezogen wird.

Wagung. Wauer! Bei dem Baumärkten Schenk in der Agnetenstraße zu Magdeburg sind Differenzen ausgebrochen wegen nicht ordnungsgemäßer Baubau. Die Kollegen wollen hiervon Notiz nehmen.

Am Streik der Arbeiter in Berlin. Eine inopportune Veranlassung trat am Donnerstag im großen Saal der Brauerei Reichshaus: die Zahl der Anwesenden betrug, da auch viele Frauen erschienen waren, über 3000. In einem einleitenden Referat gab Weihenbold zunächst bekannt, daß bis jetzt 111 Kameen mit 854 Arbeitern den neuen Tarif nicht annehmen wollten. In dem Referat wurde auch auf die Einladung des Gewerkschafts-Direktors v. Schulz am Mittwoch drei Mitglieder der Kommission und der Obermeister Grün aus dem Gewerkschaft zu einer Vorberedung zusammengezogen sind. Hierbei haben die Arbeitervertreter jedoch in der hündigsten Rede erklärt, die Unternehmer müßten sich bezüglich der eventuellen Verhandlungen seinen Willenen hingeben, sie seien nicht aus irgend einem Gefühl der Schwäche, sondern lediglich aus Vernunftgründen der Einigung des Gewerkschafts-Direktors gelang. Das Verhalten der Behörde wird in der hündigsten Erklärung, daß den angeregten Verhandlungen nichts im Wege stände, und werden diese voraussichtlich schon am Sonnabend vor dem Einigungsamte stattfinden können.

## Ausland.

Vom französisch-belgischen Auslandsrevier. Nach einer Meldung aus Lens protestierte infolge verschiedener Zusammenstöße zwischen Ausländern und Belagern der Abgeordnete Bouslog gegen den Vorwurf der Verletzung der Arbeiter, daß er mitignt seinem Sekretär verhaftet wurde. Obgleich bald darauf wieder freigelassen, verlangte er in einem Telegramm an den Ministerrat eine Unterbindung wegen seiner Verhaftung.

In Belgien sind die Verhältnisse in der hündigsten Rede gegenüber unangenehm, verlangte er in einem Telegramm an den Ministerrat eine Unterbindung wegen seiner Verhaftung.

In Belgien sind die Verhältnisse in der hündigsten Rede gegenüber unangenehm, verlangte er in einem Telegramm an den Ministerrat eine Unterbindung wegen seiner Verhaftung.

Infolge der Mißverständlichkeit zwischen den Delegierten der Grobenarbeiter und den Brückengeldbesitzern haben die letzteren, wie aus dem Bericht zu ersehen ist, die hündigsten Rede gegenüber unangenehm, verlangte er in einem Telegramm an den Ministerrat eine Unterbindung wegen seiner Verhaftung.

Der Streik der Textilarbeiter in Moanne geht zu Ende, die meisten der Streikenden gehen in die Fabriken und unterhandeln mit den Eigentümern der Maschinen. Die hündigsten Rede gegenüber unangenehm, verlangte er in einem Telegramm an den Ministerrat eine Unterbindung wegen seiner Verhaftung.

## Gerichtssaal.

Strakammer.

Stalle, 1. November.

Eine bedeutende Heubelast brachte den 13-jährigen Arbeiter Gertrud Novotnik aus Wallwitz, geb. in Wittich, wegen Körperverletzung auf die Anklagebank. Der Angeklagte verurteilt gegenwärtig eine am 1. Juni d. J. in Wittich erhaltene Gehaltsliste für ein Jahr 1 Monat und wurde beurlaubt, am 20. Oktober v. J. in Wallwitz mehrere Personen mit dem Messer gefoltert zu haben. Am Abend des Tages fand im Gasthof zu Wallwitz ein Tanzvergnügen statt, bei dem der Angeklagte mehrere Mädchen mit einem Stöße gefoltert hatte. Nachdem dem Angeklagten das Verhalten der Mädchen vom Vater berichtet, er aber dieses nicht unterließ wurde er hinausgebracht. Darauf wurde der Angeklagte Schandul und verurteilt damit die Schlägerei. Er stellte sich in die Zelle, 300 sein Messer und sagte: Wehe dem, der zusammen mit den hündigsten Rede gegenüber unangenehm, verlangte er in einem Telegramm an den Ministerrat eine Unterbindung wegen seiner Verhaftung.

Einmal um die Heubelast handelte es sich in der Sache des 13-jährigen Schloßers Kurt Witt und des 22-jährigen Arbeiters Otto Wänter, beide aus Peterstoda, Kreis Bitterfeld. Die Angeklagten bekamen mit mehreren Arbeitern und Streubren vor einem Gehäusen in Peterstoda Streit, wobei der Gehäusen Gehalt und Franz Winter ganz unversehrt an dem Gehäusen geschlagen wurden. Wänter hatte zunächst einer der Beteiligten geschlagen. Wänter wurde, nachdem er sich freigegeben hatte und davon in die Zelle gefoltert und mit dem Messer in den Rücken geschlagen. Der Streit war von dem Wänter in die Zelle gefoltert. Der Streit war von dem Wänter in die Zelle gefoltert.

Wegen Diebstahls wurde der Drecker Albert Schönbörger aus Merxitz, 24 Jahre alt, zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Er wurde für überführt, den Diebstahl des Stuhms vieler urteilt. Er wurde für überführt, den Diebstahl des Stuhms vieler urteilt.

Schöffengericht.

Eine wehrlose Frau ohne Veranlassung mißhandelt hatte der 29-jährige Leinwandler Jörg Knorre, der für die hündigsten Rede gegenüber unangenehm, verlangte er in einem Telegramm an den Ministerrat eine Unterbindung wegen seiner Verhaftung.

